

Berichte	Bd. 88, H. 1, 2014, S. 39–61	Leipzig
----------	------------------------------	---------

Katharina HACKENBERG, Bonn
Magdalena LEYSER-DROSTE, Aachen
Andreas WESENER, Lincoln/NZ
Claus-C. WIEGANDT, Bonn

Öffentliches Bauen im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation: Der baukulturelle Umgang mit Rathäusern in Deutschland

Summary

The paper sets out to analyse decision-making processes and correlated actions of the public-sector in regard to public building projects in the light of shifting socio-economic and political frameworks and new constellations of actors which have changed the relationship between government, private actors and civil society. The objects of our investigation are town halls in North Rhine-Westphalia, Germany. We analyse local political processes in regard to whether it was decided to demolish and replace, or to refurbish, modernise and aestheticize existing town halls. Over the last three decades, local actors have experienced significant socio-economic and structural changes. Processes of deregulation, privatisation, and globalisation as much as new governance constellations have altered the traditional relationship between the public and the private sector. The paper suggests that these changes have had substantial consequences on the conception and the design of town halls. In a first step, we look at the history of town halls as societal building projects, and we raise the question if and how the public sector has been promoting exemplary excellence. In a second step, we explore significant socio-economic changes of the last 30 years, and we analyse – against this background – shifting constellations of actors. With the help of four case studies, we investigate how recent town hall projects have been realised. The case studies help to gain new insight into the decision-making processes behind the conception, design and construction of town halls in West-Germany. As a result, the analysis of interactions between socio-economic processes, actors, and the built environment is made possible.

1 Einleitung

Ausgehend von Forschungsdefiziten im Themenfeld Baukultur ist es das Ziel unseres Beitrags, den entscheidungsbezogenen Umgang der öffentlichen Hand mit öffentlichen Bauvorhaben zu untersuchen. Dies geschieht vor dem Hintergrund veränderter wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen sowie neuer Akteurkonstellationen im Verhältnis von Staat, Markt und Zivilgesell-

schaft. Als Untersuchungsgegenstand dienen Rathäuser in Nordrhein-Westfalen, die wir hinsichtlich stadtpolitischer Entscheidungsprozesse über Abriss, Neubau und Modernisierung dieser Repräsentativbauten untersuchen. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben erhebliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche sowie strukturelle Veränderungen bei den lokalen Akteuren stattgefunden. Deregulierungs-, Privatisierungs- und Globalisierungsprozesse sowie neue Governance-Konstellationen haben das traditionelle Verhältnis zwischen öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft verändert. Ansatzpunkt für die zentrale These unseres Beitrags ist, dass die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre grundlegende Auswirkungen auf den Umgang mit Rathäusern gehabt haben, die sich in der baulichen Ausprägung dieser öffentlichen Bauten zeigen. Angesichts der finanziellen Restriktionen der öffentlichen Hand werden zur Gestaltung von Rathäusern neue Wege der Kooperation zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren gesucht. Der öffentlich formulierte Anspruch an die Repräsentationsfunktion von Rathausbauten wird demzufolge zum Gegenstand von Aushandlungen, in denen sich Akteure mit unterschiedlichen Zielen und Ressourcen einbringen und durchsetzen.

Zunächst werden wir die Geschichte der Rathäuser als gesellschaftliche Bauaufgabe beleuchten und die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei öffentlichen Bauvorhaben darstellen (Abschnitt 2). Weiterhin weisen wir auf den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Wandel der vergangenen drei Jahrzehnte hin, um vor diesem Hintergrund die Veränderung der Akteure und Akteurkonstellationen zu erläutern (Abschnitt 3). Anhand von vier Fallstudien aus Nordrhein-Westfalen wird der aktuelle Umgang der öffentlichen Hand mit der Bauaufgabe „Rathaus“ beispielhaft beschrieben (Abschnitt 4), um daraus Erkenntnisse über die Faktoren zu gewinnen, die die Entscheidungsprozesse und die baulichen Ausprägungen von Rathäusern in westdeutschen Städten aktuell prägen. Auf diese Weise wird eine Analyse der Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Prozessen, Akteuren und gebauter Umwelt am Beispiel der Rathäuser möglich (Abschnitt 5).

2 Rathäuser als gesellschaftliche Bauaufgabe

In einem Gespräch in der Wochenzeitung DIE ZEIT haben Anfang des Jahres 2013 der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Berliner Architektin Louisa Hutton über Fragen der Architektur und Stadtplanung diskutiert. Dabei kamen sie auch auf die Rolle der öffentlichen Hand als Bauherr zu sprechen. Es ging in der Debatte nicht nur um die Großprojekte des Bundes, sondern auch um die vielen kleineren Bauvorhaben, die öffentlichen Zwecken dienen und derzeit meist von städtischen Managementgesellschaften durchgeführt werden. Eingefordert wurden in diesem Zusammenhang öffentliche Bauherren, die sich für ihre Stadt auch interessieren, denn mit dem Bau von öffentlichen Gebäuden würde auch das Selbstverständnis einer Stadt zum Ausdruck kommen (DIE ZEIT 2013). Genau an dieser Stelle setzt unser Beitrag an. Das Rathaus ist die erste Adresse der Stadt, an der politische Gremien und kommunale Verwaltung agieren und Bürgerinnen und Bürger¹ Ansprechpartner in kommunalen Belangen finden. Daher erfahren Bau

¹ Den Beitrag haben wir in der grammatikalisch männlichen Form geschrieben. Die gewählten Formulie-

maßnahmen im Zusammenhang mit Rathäusern eine große öffentliche Aufmerksamkeit und eignen sich ganz besonders, die Baukultur der öffentlichen Hand im Rahmen demokratischer Entscheidungsstrukturen zu untersuchen.

2.1 *Geschichte des Rathausbaus*

Rathäuser sind zum Zeitpunkt ihrer Entstehung, Erweiterung, Modernisierung und sogar bei ihrem Abriss Ausdruck gesellschaftlicher Prozesse und politischer Entscheidungen. Damit spiegeln sie als bauliches Ergebnis eines vorangegangenen Entscheidungsprozesses auch die jeweiligen Vorstellungen und Ansprüche der Gesellschaft an öffentliche Repräsentationsbauten wider (KRAMER 2001; WEFING 2001; WEFING 1995).

Die baugeschichtliche Entwicklung des Gebäudetypus „Rathaus“ in Deutschland lässt drei bedeutende Bauphasen erkennen, in denen mit unterschiedlichen architektonischen Konzepten auf die jeweiligen Anforderungen an das Gebäude reagiert wurde. Es wird in diesem Zusammenhang von drei Generationen gesprochen (KRAMER 2001, 38ff.):

- eine erste Generation des „Mittelalters und der Frühen Neuzeit“,
- eine zweite Generation des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und
- eine dritte Generation nach dem Zweitem Weltkrieg. Hier konzentrieren wir uns auf die westdeutsche Entwicklung.

Im Mittelalter wurden Rathäuser „repräsentativ und monumental zur Sichtbarmachung kommunaler Macht errichtet“ (KRAMER 2001, 41; HALLAUER 1984, 9). Sie standen als Symbol für die bürgerliche Autonomie und Selbstbestimmung (KRAMER 2001, 39f.). Die Rathäuser aus dieser Zeit wurden in der Regel an zentralen Marktplätzen in der Innenstadt errichtet und dienten als Herrschaftszeichen der neu erkämpften Machtstellung des Besitzbürgertums (KRAMER 2001, 39 u. 41). Die architektonische Formensprache dieser Gebäude folgte den jeweils zeitgemäßen typischen Konstruktionsweisen und Gestaltungselementen der Gotik bzw. der Renaissance (ebd. 40).

In der zweiten Generation des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hat die Stadtpolitik im Zuge der Industrialisierung und des damit verbundenen Städtewachstums einen Bedeutungswandel hin zu einer Dienstleistungsverwaltung erfahren. Für Rathausneubauten oder Rathausumbauten bedeutete dies einerseits, ein größeres Spektrum an Funktionen berücksichtigen zu müssen. Andererseits sollten die schon bestehenden Bauten eine Art „Kompensationsfunktion“ (KRAMER 2001, 41) erfüllen und der industriellen Wachstumsgesellschaft durch die Bewahrung ihrer Gestalt weiterhin ein „Traditionsgefühl und eine kulturelle Identifikation“ (KRAMER 2001, 43) vermitteln. Dies führte in vielen Städten dazu, dass die historischen Gebäude erhalten und durch neue Anbauten ergänzt wurden, um den modernen Ansprüchen zu genügen.

Die dritte Phase des Rathausbaus ist in der Nachkriegszeit in Westdeutschland festzumachen. Veränderte politische Verhältnisse und die Grundlage einer demokratischen Verfassung brachten neue Ansprüche an die Gestaltung von Rathäusern mit sich. Dies ist sowohl im Rahmen weiter wachsender Aufgaben und einer damit

rungen umfassen Frauen und Männer gleichermaßen und sollen auch in diesem Sinne verstanden werden.

einhergehenden räumlichen Expansion zu verstehen, als auch im Sinne der baulichen Anpassung an ein verändertes Politikverständnis. In dieser Phase wurden zwei unterschiedliche Wege eingeschlagen:

- Entweder wurden die stadtpolitischen Funktionen in zwei separate Gebäude aufgeteilt und das traditionelle, die parlamentarischen Räumlichkeiten beherbergende Gebäude im Zentrum der Stadt durch ein modernes technisches Rathaus ergänzt, das außerhalb des Zentrums liegt,
- oder es wurden alle Funktionen durch An- oder Neubau in einem Gebäudekomplex integriert. Damit wurden sowohl „kurze Wege“ für Besucher und Mitarbeiter als auch eine auf Repräsentation zielende Größe des Rathauses erreicht (KRAMER 2001, 42).

Das in Wolfsburg realisierte Rathaus wurde zum Vorbild für weitere Rathausneubauten in den 1960er und 1970er Jahren in anderen Teilen Westdeutschlands. Der als „demokratisch“ bezeichnete Rathausstyp Wolfsburg wurde Ende der 1950er Jahre entwickelt und zeichnete sich durch ein Hochhaus für die Verwaltung mit einem davon separierten Ratstrakt sowie einem gläsernen Verbindungstrakt zwischen den beiden Bauteilen aus (SCHRAVEN 2009, 81 u. 234). Darin wurden grundlegende Kennzeichen der Demokratie – Gewaltenteilung und Transparenz – auch baulich ausgedrückt.

Eine Besonderheit dieser dritten Generation ist die Wertschätzung der Demokratie und der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung, die ihren Ausdruck in der besonderen Betonung der parlamentarischen Räumlichkeiten findet (KRAMER 2001, 42; DAMUS 1988). Die Kernfunktion städtischer Selbstverwaltung – das politische Streitgespräch im Ratssaal – wird durch dieses Erkennungszeichen hervorgehoben. Von ihrer Gestalt her sind zahlreiche Rathausbauten aus der Zeit zwischen 1960 und 1980, etwa in Hagen, Kaiserslautern oder Marl, durch die Leitvorstellungen der Moderne in Architektur und Städtebau geprägt. Ihr Erscheinungsbild ist durch Sichtbeton, Geradlinigkeit und Funktionalismus gekennzeichnet. Dahinter stand die Idee, ein neues Symbol für Selbstverwaltung, Bürgerstolz und Demokratie zu schaffen. Allerdings sollten im Gegensatz zu früheren Generationen des Rathausbaus nun nicht mehr die Macht des Besitzbürgertums oder des Kapitalismus symbolisiert, sondern die Macht des Staatsbürgers sollte mit baulichen Mitteln und nach demokratischen Gesichtspunkten manifestiert werden (SCHRAVEN 2009, 237f.).

2.2 Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand als Bauherr

Die Funktion öffentlicher Bauwerke zur Darstellung von Demokratie wurde bereits 1960 vom SPD Politiker Adolf ARNDT (1984) diskutiert. Prinzipien wie Zugänglichkeit, Bürgerorientierung und Transparenz wurden von ihm für öffentliche Bauten des Bundes formuliert, um das ideelle Fundament der Demokratie auch baulich zu manifestieren (WILHELM 2001). Dies war unter anderem als Reaktion auf die zunehmende Kritik an den städtebaulichen Leitbildern der Moderne zu verstehen. Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wuchs die Kritik an den Konzepten des modernen Städtebaus, der für den Verlust von Raumqualität und für die Produktion unattraktiver und dysfunktionaler städtischer Orte verantwortlich gemacht wurde (MITSCHERLICH 1965). Eine neue Wertschätzung des baulichen Erbes in historischer, künstlerischer und städtebaulicher Hinsicht war die Folge, die

mit der Entwicklung des Gesetzes über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Städtebauförderungsgesetz 1971) und der Einführung der Denkmalschutzgesetze – begleitet durch das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 – auch ein Umdenken in der Städtebaupolitik einleitete. Seit dieser Zeit steht bei jedem Rathausneubau auch die Sanierungsfähigkeit, gar die Sanierungsnotwendigkeit des Bestandes gleichberechtigt zur Diskussion.

Insbesondere nach der deutschen Wiedervereinigung hat die Diskussion um die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand als Bauherr weiter an Bedeutung gewonnen. Viele öffentliche Institutionen mussten „neue Standorte, überzeugende architektonische Formen und einen demokratisch legitimierten baulichen Ausdruck finden“, so der frühere Staatssekretär im Bundesbauministerium Engelbert LÜTKE DALDRUP (2009, 16). Ab der Jahrtausendwende tauchte dann der Begriff *Baukultur* in politischen Diskussionen auf und führte die öffentliche Auseinandersetzung um Anspruch und Wirklichkeit des öffentlichen Bauens zusammen. Unter der Leitung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wurde im Jahr 2001 die „Initiative Architektur und Baukultur“ eingerichtet, um die Bemühungen der öffentlichen Hand für „die Qualität des Planens und Bauens in Deutschland [...] zu bündeln“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002, 2). In diesem Rahmen erfolgte erstmals eine wissenschaftliche Aufbereitung des Themas und es wurden vier Dimensionen der Baukultur definiert: 1. Die „Gestalt von Bauten und gebauter Umwelt und deren Integration in den Raum“, 2. deren „Gebrauch und Funktion“, 3. deren „Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen und ökonomischen Sinne“ und 4. deren „Verfahren und Regeln der Auftragsvergabe und Herstellung“ (BMVBW 2001, 12).

Die inhaltliche Ausfüllung dieser vier Dimensionen erfolgt durch die Definition von Grundsätzen und Qualitätsansprüchen für das Bauen auf allen Ebenen des föderativen Staatssystems, wie zum Beispiel durch die Förderung von städtebaulichen Leitbildern oder die Festlegung von Normen und Richtlinien für das Planen und Bauen. Die öffentlich gesetzten Standards erlangen im Sinne eines Qualitätsanspruchs ganz wesentlich Sichtbarkeit, Präsenz und Wirkung durch die Bauten, die die öffentliche Hand selbst baut (DURTH u. SIGEL 2009, 562ff.; LÜTKE DALDRUP 2009, 15). Für eine Analyse des Rathausbaus als Teil des öffentlichen Bauens müssen neben den definierten Qualitätsansprüchen allerdings auch die Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden, die das öffentliche Handeln im Bereich Planen und Bauen aktuell beeinflussen.

3 Governance: Neue Aufgabenverteilungen und Formen der Steuerung

Die Auseinandersetzungen über öffentliche Bauten und Baukultur sind in allgemeine gesellschaftspolitische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Stadt eingebettet, die stadtentwicklungspolitische Entscheidungen vor Ort beeinflussen. Verschiebungen zwischen Staat und Gesellschaft durch ökonomische, politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse sind derzeit besonders auf kommunaler Ebene wahrnehmbar (EINIG et al. 2005, I). Sie sind – wie wir zeigen werden – für die Hochbauten der öffentlichen Hand relevant.

Ökonomische Transformationsprozesse, die unter den Schlagworten Liberalisierung des Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, Deregulierung des Finanzsektors,

Privatisierung von bisher öffentlich erbrachten Aufgaben und Flexibilisierung von Produktions- und Arbeitsverhältnissen zusammengefasst werden können, haben insbesondere seit den 1980er Jahren tiefgreifende wirtschaftsstrukturelle Veränderungen, eine neoliberale Neuausrichtung der Politik und eine Zunahme groß- und kleinräumiger Disparitäten nach sich gezogen (HEEG 2008; HEINZ 2008; BECK 1999). Eine zunehmende nationale und internationale Verflechtung der Städte führt zu steigendem Wettbewerb zwischen den Städten und Regionen als Wirtschafts- und Innovationsstandorte einerseits und als attraktive Lebensräume und Heimat andererseits.

Da die ökonomische Basis der Städte erheblich von diesen Rahmenbedingungen beeinflusst wird, unterscheiden sich die Handlungsspielräume für die Steuerung der Stadtentwicklung. Insbesondere in den Städten, in denen die Finanzausstattung der öffentlichen Hand kaum noch eigenständige, mit Kosten verbundene Entscheidungen zulässt, verändert sich die politische Rolle des Staates und damit auch die der Stadtpolitik deutlich. Hier werden große Teile der öffentlichen Steuerung aus finanziellen Gründen einer Privatisierung unterworfen oder neue Kooperationsformen, sogenannte Public Private Partnerships (PPP), zwischen staatlichen bzw. kommunalen, privatwirtschaftlichen und nichtöffentlichen Akteuren zur Erstellung von öffentlichen Leistungen vereinbart (HÄUßERMANN et al. 2008, 246 u. 267; HOLTKAMP 2007, 367ff.; WOOD 2003, 69). Hierzu zählen auch Investitionen in öffentliche Infrastrukturen einschließlich der baulichen Maßnahmen bei Rathäusern. Im Zuge von Privatisierungs- und Deregulierungsprozessen werden Steuerungskompetenzen der öffentlichen Hand oft an Private abgegeben, so dass private Unternehmen bei öffentlichen Bauaufgaben zunehmend in Kooperationen mit der öffentlichen Hand als Bauherren auftreten.

Mit der Verlagerung von vormals staatlichen Aufgaben in privatwirtschaftliche Bereiche verändert sich auch die Rolle des Bürgers (JAKUBOWSKI u. HERZ 2005). Schon in den 1960er und 1970er Jahren wurde ein Reformprozess eingeleitet, und gesetzlich geregelte Informations-, Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten wurden zur planungsrechtlichen Notwendigkeit (SELLE 2005, 395ff.). Mittels erhöhter Transparenz der Verfahren sowie einer verstärkten formellen und informellen Partizipation der Zivilgesellschaft an den Planungsprozessen werden seitdem Entscheidungen und Verfahren demokratischer gestaltet und zugleich auch stärker legitimiert (IBERT 2007, 51). Die Aktivierung und Mobilisierung der Bürger soll neben der Erweiterung der Steuerungsressourcen bei „leeren Kassen“ auch die Identifikationskraft der Bürger mit dem jeweiligen „Produkt der Planung“ erhöhen sowie die aktive Gestaltung des sozialen Wandels ermöglichen (SELLE 2005, 396).

Das im Bereich der Stadtentwicklung etablierte hierarchische Kräftespiel zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Die Akteure, die Akteurkonstellationen und die Verfahren der Einflussnahme und Handlungskoordination sind vielfältiger geworden. Die jeweiligen Handlungsmotive und Ressourcen zur Interessendurchsetzung der neuen Akteure sowie die neuen Akteurkonstellationen (KRON 2010, 24; SCHARPF 2000, 95ff.) verändern Zuständigkeiten und Machtverhältnisse. Demzufolge verstärkt sich für die öffentliche Hand als politisch legitimierte Interessenvertretung der Bürger die Herausforderung, in den von den Prinzipien der Wirtschaft dominierten Stadt-

entwicklungsprozessen im Sinne der demokratischen Grundordnung eine gemeinwohlorientierte Politik zu vertreten sowie transparente Prozesse und öffentliche Foren zu schaffen, damit die Probleme und Herausforderungen im Dialog mit den Bürgern gelöst werden können (GIDDENS 2000, 74). Das Rathaus steht als das zentrale öffentliche Bauwerk einer Stadt im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit der Bürger: „Gerade weil die Bauten der öffentlichen Hand in den Augen der Bürger für ‚den Staat‘ stehen, müssen in einer demokratischen Staatsform die Verfahren unangreifbar transparent sein“ (BBR 2002, 64). Im Folgenden werden wir am Beispiel der öffentlichen Bauaufgabe „Rathaus“ das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der Stadtpolitik in vier kleinen Fallstudien darstellen.

4 Vier Beispiele zum aktuellen Umgang mit Rathäusern als öffentliche Bauten

Vier aktuelle Beispiele für den Abriss, den Neubau bzw. die Sanierung von Rathausbauten sollen im Weiteren verdeutlichen, in welchem Spektrum von Staat, Markt und Zivilgesellschaft heute mit Rathäusern als öffentliche Gebäude umgegangen wird, mit denen sich die Städte in besonderer Weise selbst darstellen können.

4.1 Das Rathaus im Einkaufszentrum – das Beispiel Leverkusen

Leverkusen ist eine recht junge Stadt, die erst 1930 durch den Zusammenschluss der Stadt Wiesdorf mit den drei Gemeinden Schlebusch, Steinbüchel und Rheindorf gegründet wurde. Vorausgegangen war Anfang des 20. Jahrhunderts die Verlagerung des Bayer-Werkes aus Elberfeld, heute Wuppertal, nach Wiesdorf an den Rhein (STADT LEVERKUSEN 2014). Heute ist Leverkusen eine mehrpolige Stadt, die im Jahr 1975 im Rahmen der kommunalen Gebietsreform durch den Zusammenschluss mit der früheren Kreisstadt Opladen, der Stadt Bergisch Neukirchen und dem Monheimer Stadtteil Hitdorf entstand. Leverkusen ist im letzten Jahrhundert sehr schnell gewachsen und hat heute rund 160.000 Einwohner. Die Stadt war lange durch die chemische Industrie geprägt, die sich aber in den vergangenen Jahren an einigen Stellen aus dem Stadtgebiet zurückgezogen hat (HÄUSLER u. HÄUSLER 2012). Die Stadtstruktur in Leverkusen wird heute durch drei größere Stadtzentren mit eigenen Fußgängerzonen in der City (Wiesdorf), Opladen und Schlebusch gekennzeichnet.

Nach einem ersten Rathausbau aus der wilhelminischen Zeit in der früher selbständigen Stadt Wiesdorf wurde zwischen 1974 und 1977 ein neues modernes Rathaus für Leverkusen gebaut. Die bevorstehende kommunale Gebietsreform war schon in den 1960er Jahren ein wichtiges Argument für die Zusammenführung aller Ämter der Stadtverwaltung in diesem neuen Rathaus (NASARKE 1977, 166f.). Zudem sollte eine Eingemeindung Leverkusens nach Köln verhindert werden (SCHRAVEN 2009, 218). Schließlich wurde der zu kleine Vorgängerbau 1971 abgerissen und 1977 durch den Neubau ersetzt. Schon bald wurden brandschutzrechtliche Anforderungen und energetische Mängel offensichtlich, und die Verwaltung musste bereits im Jahr 2004 wieder aus dem Gebäude ausziehen (STRACK 2011, 67f.; STADT LEVERKUSEN 2006, 66f.). Schon in den Jahren zuvor wurden die

komplette Sanierung bzw. der Verkauf des Rathauses intensiv diskutiert. Anfang 2003 gab es einen Bürgerentscheid, in dem die Bürger mit über 80 Prozent eindeutig gegen den Umbau mit Sanierung des Rathauses votiert hatten (STADT LEVERKUSEN 2013). Damit wurde nach rund 25 Jahren erneut der Bau eines Rathauses in Leverkusen erforderlich.

Mitte der 2000er Jahre war die Stadt wegen sinkender Gewerbesteuereinnahmen finanziell nicht mehr in der Lage, ein neues Rathaus zu bauen. So entstand die Idee, einen Neubau für das inzwischen leer stehende Rathaus mit einer Neubebauung des ebenfalls in die Zeit gekommenen benachbarten Bayer-Kaufhauses und eines alten Stadthauses zu verbinden. Mit dem Bau des Rathauses sollte gleichzeitig neuer Einzelhandel die Leverkusener Innenstadt beleben. 2005 beschloss der Rat der Stadt eine solche Neugestaltung der Innenstadt und leitete eine europaweite Ausschreibung ein, an der sich fünf Projektentwickler beteiligten (STRACK 2011, 71f.). Mit einem Kriterienkatalog für die Auswahl des Investors sollten auch städtebauliche und architektonische Aspekte beim Verkauf der Flächen berücksichtigt werden. Gewonnen hat die Ausschreibung das Hamburger Unternehmen ECE, das in der Folge die Grundstücke erwerben und den Bau des Vorhabens realisieren konnte. Investor des Projekts, das rund 200 Mio. Euro gekostet hat, war die Credit Suisse AG. Im Februar 2010 wurde das Vorhaben fertiggestellt (ECE 2014) (Foto 1).



Foto 1: Die Rathaus-Galerie in Leverkusen

Um das Gebäude auf zwei Etagen auch als Rathaus nutzen zu können, hat die Stadt Leverkusen beim Verkauf der Grundstücke mit dem Projektentwickler einen Mietvertrag für 15 Jahre mit einer Verlängerungsoption für weitere 15 Jahre sowie

einen städtebaulichen Vertrag mit einer Bauerrichtungsverpflichtung geschlossen (STRACK 2011, 73 u. 77). Zudem war es das Ziel des umfangreichen Vertragswerkes, „größtmögliche Qualität für die Gestaltung der Rathaus-Galerie zu sichern. Dazu zählten deshalb auch Vereinbarungen über Fassaden, Fenster, Schaufenster sowie die Außengastronomie“ (ECE 2010, 15). In einem weiteren städtebaulichen Vertrag zur Förderung und Sicherung der Bauleitplanung wurde die Verkaufsfläche des Einkaufszentrums auf 22.600 qm begrenzt, die der Gastronomie auf 2.300 qm festgesetzt sowie Regelungen für Parkgebühren und Öffnungszeiten getroffen.

Auf die besondere Verbindung der beiden Funktionen Einzelhandel und Rathaus weist schon der Name Rathaus-Galerie hin, den das neue Einkaufszentrum erhalten hat. Für die Betreiber neuer Einkaufszentren sind bei der Einbindung anderer Funktionen unter einem Dach Lösungen zu finden, diese anderen Nutzungen auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Unterschiedliche Zugänge sind beispielsweise erforderlich, den Ratssaal und die Büros zu erschließen. Ein gesonderter Eingangsbereich für ein Bürgerbüro wurde geschaffen. Zusätzliche Anforderungen ergeben sich auch für die Betriebstechnik – etwa bei der Klimatisierung (STRACK 2011, 73). Das Beispiel des Rathausneubaus in Leverkusen veranschaulicht, wie ein neuer Weg zur Errichtung eines Rathauses in öffentlich-privater Kooperation gefunden wurde. Die Kombination eines Einkaufszentrums mit einem Rathaus stellt eine von allen Akteuren akzeptierte Lösung zur Aufwertung des Standortes dar.

4.2 Das Scheitern einer Public Private Partnership – das Beispiel Gelsenkirchen
Gelsenkirchen ist Anfang 2013 mit etwas mehr als 250.000 Einwohnern eine Großstadt in der Emscherzone des Ruhrgebiets, die bis vor wenigen Jahren noch sehr stark durch die Montanindustrie geprägt war (WEHLING 2002). Der frühere Beiname „Stadt der tausend Feuer“ deutet noch auf diese Zeit hin. Seit der industriellen Revolution im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts war Gelsenkirchen mit der montanindustriellen Entwicklung bis Ende der 1950er Jahre rasant auf fast 400.000 Einwohner gewachsen. In ihren heutigen Grenzen besteht die Stadt seit der kommunalen Gebietsreform von 1928. Damals wurden die drei Gemeinden Gelsenkirchen, Buer und Horst zusammengeschlossen. Seit den 1960er Jahren ist die Stadt erheblich vom Strukturwandel in der Montanindustrie betroffen und hat seitdem fast 140.000 Einwohner wieder verloren. Das letzte Bergwerk im Stadtgebiet wurde im Jahr 2000 geschlossen. Im Mai 2011 ist die Stadt durch eine hohe Arbeitslosigkeit mit fast 14 Prozent (BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2011) und einem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 29 Prozent (IT NRW 2014) geprägt und gilt als ein Paradebeispiel für eine schrumpfende Stadt in Deutschland.

In der Blütezeit der Montanindustrie im Ruhrgebiet entstand in den 1920er Jahren in Gelsenkirchen das sogenannte Hans-Sachs-Haus als ein modernes Rathaus, in dem mehrere Funktionen untergebracht waren. Wie in anderen Städten des Ruhrgebietes – etwa in Oberhausen – sind die neuen Rathäuser in dieser Zeit im Stil des „Backstein-Expressionismus“ errichtet und gelten inzwischen als „große alte Denkmäler“ (STADT GELSENKIRCHEN 2014a). In Gelsenkirchen hatte das Hans-Sachs-Haus nicht nur die Funktion, den Rat und die Verwaltung in dem Gebäude unterzubringen. Vielmehr entstand zwischen 1925 und 1927 ein Multifunktionsbau

mit einem großen Konzertsaal, einem Hotel und diversen Läden (NIEMÖLLER 2006), der der Leitidee eines Volks-Rathauses folgte (GÜNTER 2006, 28). Das Gebäude war ein Wahrzeichen für das Selbstbewusstsein der damals wirtschaftlich prosperierenden Stadt Gelsenkirchen im Ruhrgebiet.

Nachdem das Gebäude im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt und Anfang der 1950er Jahre wieder aufgebaut worden war, wurde es während der Nachkriegszeit vernachlässigt und war Ende der 1990er Jahre in einem baulich sehr schlechten Zustand. Anfang der 2000er Jahre beauftragte der Stadtrat deshalb eine private Investorengruppe, das Gebäude denkmalgerecht zu sanieren. In einer Public Private Partnership hatte die Investorengruppe Xeris das Gebäude übernommen und sollte die erforderlichen Baumaßnahmen durchführen. Bei Fertigstellung hätte die Stadt das Gebäude im Gegenzug für 25 Jahre zurückgemietet. Mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten wurden erhebliche Bauschäden entdeckt, deren Beseitigung zu einer wesentlichen Verteuerung der Maßnahme von ursprünglich 44 Mio. Euro auf geschätzte 143 Mio. Euro geführt hätte. Nach heftigen kommunalpolitischen Kontroversen entschied der Rat der Stadt deshalb Ende 2005, die Verträge mit dem privaten Investor zu kündigen und das alte Rathaus vollständig abzureißen. Dies war hilfreich, um aus dem Vertrag mit der privaten Investorengruppe aussteigen zu können und eventuelle Regressansprüche zu verhindern (BARANOWSKI 2005) (Foto 2).



Foto 2: Das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen

Gegen diese Entscheidung, das Rathaus trotz seines ursprünglichen Status als denkmalgeschütztes Gebäude abzureißen, regte sich erheblicher Widerstand in Gelsenkirchen selbst, aber auch außerhalb der Stadt. Die örtlichen linken Parteien sowie ein eigens gegründetes Bürgerforum strebten einen Bürgerentscheid an, der später für rechtlich unzulässig erklärt wurde. In einer Petition an den Landtag, den

das Bürgerforum initiiert hatte, wurde eine Aussetzung des Abrissbeschlusses gefordert (BÜRGERFORUM 2014). Bemerkenswert ist, dass sich der frühere Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke als damals neuer nordrhein-westfälischer Bauminister mit der Sache beschäftigen musste, die er selbst initiiert hatte. Unterstützt wurden die kommunalen Initiativen durch zahlreiche Stimmen aus der überregionalen Architekturszene, die das Hans-Sachs-Haus als ein bedeutendes Bauwerk der Moderne würdigten. In der Folge dieser Proteste wurde der Vertrag mit dem privaten Investor aufgelöst und nach einem Kreativ-Workshop ein internationaler Architektenwettbewerb mit dem Ziel durchgeführt, die historische Fassade an drei Seiten zu erhalten und ein neues Rathaus an dieser Stelle zu bauen (STADT GELSENKIRCHEN 2014e). Ein Anbau aus den 1950er Jahren wurde abgerissen. An dieser Stelle entstand ein neuer Platz, zu dem sich das Rathaus an seiner vierten Seite mit einer neuen Glasfassade öffnet (BAUNETZ 2013).

Aus dem Wettbewerb ist das weltweit tätige und renommierte Architekturbüro Gerkan, Mark und Partner (gmp) als Sieger hervorgegangen. Im Juni 2008 hat der Rat der Stadt Gelsenkirchen dann dieses Büro beauftragt, das Projekt zu übernehmen. Von 2009 bis 2013 wurde das alte Hans-Sachs-Haus umgebaut. Es ist unter dem Begriff des „Neuen Hans-Sachs-Hauses“ hinter der alten Fassade „ein Ort des politischen Austausches, Veranstaltungszentrum, kultureller Magnet und damit ein Anziehungspunkt für alle Gelsenkirchener“ (STADT GELSENKIRCHEN 2014b) geworden. Eingerichtet wurden ein Bürgerforum, ein Atrium, ein Café, ein Bürgercenter, eine Stadt- und Touristeninfostelle, Ausstellungsräume und eine stadtgeschichtliche Ausstellung auf drei Ebenen des Gebäudes. Führungen bieten den Besuchern Einblicke in die historische, zeitgeschichtliche und architektonische Entwicklung dieses Hauses. Der Umbau bzw. teilweise Neubau kostete ca. 69 Mio. Euro und wurde zu rund einem Viertel durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Nach den großen Problemen im Umgang mit dem Hans-Sachs-Haus Mitte der 2000er Jahre hat die Stadt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt gestartet. Im Frühjahr 2009 wurde ein eigener Informationspavillon gegenüber der Baustelle, eine sogenannte „bluebox“, eingerichtet, in der die Umbauarbeiten für die Bürgerschaft dokumentiert wurden. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört weiterhin eine eigene Webseite (STADT GELSENKIRCHEN 2014c). Die Umbauarbeiten haben sich wiederholt aufgrund von Firmeninsolvenzen und daraus resultierenden Neuausschreibungen verzögert. Im August 2013 wurde das Gebäude fertiggestellt. Am Wochenende der Eröffnung nutzten rund 20.000 Besucher die Möglichkeit, es zu besichtigen. Der Neubau wurde insgesamt als gelungen wahrgenommen und durch den NRW-Bauminister Michael Groschek in seiner Festrede als „starkes Haus der Demokratie“ gelobt (STADT GELSENKIRCHEN 2014d). Das Beispiel des Hans-Sachs-Hauses in Gelsenkirchen zeigt, wie eine aufmerksame Bürgerschaft dazu beitragen kann, ein zunächst fast gescheitertes Projekt schließlich doch aus öffentlichen Mitteln anspruchsvoll zu sanieren.

4.3 Die Mitwirkung der Bürgerschaft – das Beispiel Kleve

Kleve liegt am unteren Niederrhein in Nordrhein-Westfalen nahe der deutsch-niederländischen Grenze. Mit seinen heute rund 50.000 Einwohnern ist Kleve die

größte Stadt im gleichnamigen Landkreis und Sitz der Kreisverwaltung. Schon 1242 hat Kleve seine Stadtrechte erhalten und hat so als ein Zentrum im früheren Herzogtum Kleve-Jülich-Berg eine lange Geschichte, die mit der Schwanenburg in der Oberstadt noch heute sichtbar ist. Diese Burganlage und die Stiftskirche überragen die Stadt und prägen ihre Silhouette. Bis zum Ersten Weltkrieg war Kleve zudem eine Kurstadt, weshalb die Industrialisierung der Stadt nur zurückhaltend erfolgte (STADT KLEVE 2014a).

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt in erheblichem Umfang zerstört. In der Nachkriegszeit wurde sie dann überwiegend wieder aufgebaut, sodass sie heute eine weitgehend geschlossene bauliche Struktur hat, die sich an dem früheren Straßengrundriss orientiert. Am nördlichen Rand der Innenstadt ist allerdings mit dem sogenannten Minoritenplatz ein ungeordneter Bereich geblieben (BAAK 1960), für den es seit Mitte der 2000er Jahre intensive Bestrebungen gibt, ihn unter dem Begriff der „Unterstadtbebauung“ neu zu ordnen und zu bebauen (Foto 3).



Foto 3: Das sanierungsbedürftige Rathaus in Kleve

An diesen ungeordneten Bereich des Minoritenplatzes grenzt am nördlichen Eingang zur Innenstadt das heutige Rathaus. Der Rat und die Verwaltung sind hier seit 1956 in dem Gebäude eines ehemaligen Krankenhauses untergebracht, das im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört, aber wieder aufgebaut worden ist. Ein Fassadenteil dieses Nachkriegsgebäudes stammt noch aus der Mitte des 19. Jahrhunderts und erinnert an dieser Stelle an ein ehemaliges Minoritenkloster. Das Rathaus weist inzwischen erhebliche bauliche Mängel auf, sodass mit der neuen Bebauung des Minoritenplatzes auch die Sanierung oder der Neubau des Rathauses zur Diskussion stand (STADT KLEVE 2009a).

Der Minoritenplatz soll eine multifunktionale Neubebauung für den Einzelhandel, ergänzende Dienstleistungen, hochwertige Wohnungen und Parkraum

erhalten, in die entweder ein Neubau oder die Sanierung des Rathauses eingebunden werden muss. Die Stadt hatte nahezu alle Grundstücke in dem Bereich erworben und ist dadurch in der Lage, den städtebaulichen Entwicklungsprozess zu steuern.

Im Rahmen eines dialogorientierten Werkstattverfahrens wurden in drei öffentlichen Foren in der ersten Jahreshälfte 2009 drei Varianten für ein zukünftiges Rathaus diskutiert (STADT KLEVE 2009b) und zur Abstimmung durch die Bürger gestellt:

- In einer ersten Variante wurde der Neubau eines Rathauses mit einer Einzelhandelsnutzung und Flächen für andere gewerbliche Dienstleistungen sowie gegebenenfalls Wohnungen vorgeschlagen. Der Neubau sollte an einem anderen Standort des Minoritenplatzes entstehen und war mit Investitionskosten in Höhe von 11,3 Mio. Euro verbunden.
- In einer zweiten Variante wurde die Sanierung des Rathauses mit Ergänzungen und nutzungsoptimierten Maßnahmen vorgeschlagen. Das Erscheinungsbild des Rathauses sollte aufgewertet und durch Anbauten zusätzlich verbessert werden. Auch für diese Variante wurden 11,7 Mio. Euro veranschlagt.
- In der dritten Variante sollte das Rathaus lediglich am alten Standort saniert werden. Investitionskosten in Höhe von rund 6,1 Mio. Euro wurden in Aussicht gestellt.

An der Bürgerbefragung über die drei Varianten beteiligten sich im Juni 2009 rund 33 Prozent der Bürger. Mit fast 44 Prozent sprachen sie sich mehrheitlich für die dritte preiswerteste Variante aus, das Rathaus bestandsorientiert zu sanieren (STADT KLEVE 2014b).

Im weiteren Verfahren hat der Rat der Stadt Kleve dann in drei Schritten über die Veräußerungen der Flächen am Minoritätenplatz und die damit verbundene städtebauliche Neugestaltung entschieden. In einer ersten Entscheidung wurde ein Teilbereich an eine Bank und einen örtlichen Projektentwickler veräußert, in einer weiteren Entscheidung im Juni 2012 wurde dann ein zweiter Teilbereich veräußert. Im Februar 2013 stimmt der Stadtrat schließlich für die Vergabe des Umbaus des Rathauses an einen mittelständischen Bauunternehmer aus Kleve, eine Neuerichtung und Teilsanierung des Rathauses zu einem Pauschalpreis von 11,6 Mio. Euro im Passivhausstandard vorzunehmen. Damit wird letztendlich die zweite Variante des Wettbewerbes realisiert. Der Abschluss dieser Bauarbeiten ist für das Jahr 2016 vorgesehen.

Das alte Rathaus wurde bereits abgerissen und die Baugenehmigung für das neue Rathaus im Februar 2014 erteilt (RP ONLINE 2014b). Diskutiert werden in der ersten Jahreshälfte 2014 sowohl die zukünftige Farbe der Klinkerfassade (RP ONLINE 2014c) als auch die Wärmedämmung, die durch den Bauunternehmer nach Vorgabe der Stadt Kleve im Passivhausstandard ausgeführt werden soll (DER WESTEN 2013). Weiterhin ist der Umgang mit archäologischen Funden noch nicht geklärt, die nach Abriss des alten Gebäudes entdeckt wurden (RP ONLINE 2014a). Der Ausgang des Projektes ist im Mai 2014 noch offen. Das Beispiel Kleve veranschaulicht die Bedeutung einer intensiven und akzeptanzstärkenden Bürgerbeteiligung in der Planungsphase des Projektes, deren Ergebnisse allerdings in der späteren Umsetzung nicht konsequent beachtet wurden.

4.4 Die Rekonstruktion einer Fassade – das Beispiel Wesel

Wesel ist wie Kleve eine Kreisstadt am Niederrhein mit rund 60.000 Einwohnern. Die Stadt liegt nordwestlich des Ruhrgebiets an der Mündung der Lippe in den Rhein und ist Mitglied des Regionalverbandes Ruhr, auch wenn die wirtschaftliche Struktur nie durch die Montanindustrie gekennzeichnet war. Stattdessen wird die Stadt heute u.a. durch die chemische Industrie geprägt.

Im Mittelalter war Wesel Hansestadt und hatte in dieser Zeit eine wichtige Bedeutung im nordwestdeutschen Städtesystem. Die Stadt verfügt also über eine lange Geschichte, die aber heute im Stadtbild für den Bürger und den Besucher kaum noch zu erkennen ist. Aufgrund der besonderen Lage an Rhein und Lippe wurde Wesel in historischer Zeit eine wichtige Festungs- und Garnisonsstadt. Dies ist auch ein Grund, weshalb die Stadt im Zweiten Weltkrieg fast vollständig zerstört wurde (STADT WESEL 2014).

Der Wiederaufbau der Innenstadt erfolgte im Zeitgeist der 1950er und 1960er Jahre, sodass die Stadt heute ein „modernes Gesicht“ hat (STADT WESEL 2004, 4), das in einem Gutachten zur Innenstadtentwicklung auch als „ausdruckslos“ und „spröde“ bezeichnet wird (ebd., 24). Allein der spätgotische Dom wurde in der Nachkriegszeit in Anlehnung an die spätmittelalterliche Ausführung am Großen Markt wieder aufgebaut. Die Südseite dieses Platzes blieb aber bis Anfang der 1990er Jahre eine Baulücke. In der Folge war dieser zentrale Platz, der auch als Wochenmarkt genutzt wird, baulich nicht zufriedenstellend gefasst.

In der Blütezeit der Hanse entstand an dieser Stelle Mitte des 15. Jahrhunderts das spätgotisch-flämische Rathaus (STADT WESEL 2014). Dieses Rathaus gehörte zu den bekanntesten niederrheinischen Profanbauten dieser Zeit und symbolisierte den Reichtum der Stadt in dieser Zeit. Wie die gesamte Innenstadt wurde es allerdings im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört. Mitte der 1950er und 1980er Jahre wurde versucht, durch städtebauliche Wettbewerbe dem Großen Markt, dem Herzen der Stadt Wesel, ein unverwechselbares bauliches Gesicht zurück zu geben. Die Ergebnisse ließen sich aber, bis auf Teile der Nordzeile des Platzes, nicht umsetzen. Erst Anfang der 1990er Jahre trat an die Stelle der ehemaligen Südbebauung des Großen Marktes, in die auch das zerstörte Rathaus integriert war, ein Büro- und Geschäftshaus, die sogenannte „Trappzeile“. Das in der Wiederaufbauzeit errichtete „Neue Rathaus“ im Kern der Weseler Innenstadt musste schon in den frühen 1970er Jahren einem Kaufhaus weichen. Stattdessen wurde Mitte der 1970er Jahre ein neues Stadtverwaltungsgebäude am nördlichen Rand des Kornmarkts gebaut. Es liegt zwar innerhalb des innerstädtischen Rings, doch hat es in der Innenstadt im Gegensatz zu dem historischen Rathaus eher eine Randlage (Foto 4).

In den 1980er Jahren entstand in der Bürgerschaft die Idee, die alte Rathausfassade am Großen Markt wieder aufzubauen (BÜRGERINITIATIVE 2013). 1986 wurde dazu zunächst eine eigene Bürgerinitiative „Historisches Rathaus Wesel e.V.“ gegründet, die ab 2003 begann, Geld für den Wiederaufbau der historischen Fassade zu sammeln. Als „Bürgerstiftung Historisches Rathaus Wesel“ konnte sie von den rund 3,5 Mio. Euro, die der originalgetreue Wiederaufbau zwischen 2009 und 2011 schließlich gekostet hat, rund 1,5 Mio. Euro durch Spenden beitragen. Über 1.000 Personen haben sich beteiligt. Die übrigen Kosten in Höhe von 2 Mio. Euro haben zu 76 Prozent das Land Nordrhein-Westfalen und zu 24 Prozent die Stadt

Wesel übernommen. Mit dem Landeszuschuss verbunden war die Auflage, einen Teil der Räumlichkeiten hinter der Fassade für öffentliche Zwecke zu nutzen. Das bürgerschaftliche Engagement in Wesel hat den Anstoß gegeben, eine identifikationsstiftende Fassade in der vom Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Innenstadt wieder aufzubauen.



Foto 4: Die rekonstruierte Rathausfassade in Wesel

5 Schlussfolgerungen – zur Governance und zur Repräsentation von Rathäusern

Rathäuser repräsentieren unsere Städte in einer herausgehobenen Weise. Wie unterschiedlich dies ausfallen kann, verdeutlichen eindrucksvoll die Fotos von 120 verschiedenen Bürgermeisterzimmern, die sich in einem jüngst zu diesem Thema erschienenen Bildband finden (WINDE 2012). Doch nicht nur die Möblierung der vielen Bürgermeisterzimmer gibt einen Eindruck, wie sich die kommunale Politik und die Städte in Rathausbauten nach außen präsentieren. Auch die Gebäude selbst sind mit ihrer Architektur und in der Art und Weise, wie sie geplant und gebaut werden, zum Zeitpunkt ihrer Erstellung ein Spiegelbild der städtischen Baukultur. In diesem Abschnitt wollen wir deshalb in einem ersten Schritt beleuchten, wie die Rathausbauten in der heutigen Zeit zustande kommen, und in einem zweiten Schritt darüber nachdenken, welchen Stellenwert sie heute in der Selbstdarstellung ihrer Stadt einnehmen. Für diese beiden Schlussfolgerungen nutzen wir die vier aktuellen Beispiele aus dem vorangegangenen Abschnitt, um daraus Aussagen für die derzeitige Situation in Westdeutschland abzuleiten.

5.1 Governance von Rathausbauten – Akteurkonstellationen in Veränderung

Unsere vier Beispiele deuten zunächst die Vielfalt im baulichen Umgang mit Rathäusern in den 2000er Jahren an:

- In Leverkusen handelt es sich um den kompletten Neubau eines Einkaufszentrums am Standort des Vorgängergebäudes aus den 1970er Jahren, das um die politisch repräsentativen Funktionen des Rathauses erweitert wurde.
- In Gelsenkirchen bleibt die Fassade des alten Rathauses aus den 1920er Jahren an drei Seiten erhalten und im Kern der alten Hülle ist ein neues und zeitgemäßes Verwaltungsgebäude entstanden, das zur vierten Seite durch eine Glasfassade zu einem neuen Platz hin geöffnet ist.
- In Kleve wird nach einer intensiven Bürgerbeteiligung der Rathausbau aus den 1950er Jahren an gleicher Stelle in Teilen saniert und in Teilen neu gebaut.
- In Wesel wurde schließlich nur die historische Fassade des im Krieg völlig zerstörten Rathauses anhand von Abbildungen aus der Vorkriegszeit rekonstruiert, ohne dass dadurch wesentliche Veränderungen in der Funktion des inzwischen an einem anderen Ort bestehenden Rathauses verbunden sind.

Diese vier unterschiedlichen Vorgehensweisen sind unter anderem auch auf die veränderten Rollen von Akteuren zurückzuführen, die beim Neubau oder der Modernisierung von Rathäusern beteiligt sind und teilweise sogar zu treibenden Kräften bei dieser Aufgabe wurden. Im Gegensatz zu früheren Zeiten, in denen der Bau von Rathäusern eine originär städtische Aufgabe war, die sich die öffentliche Hand nicht von anderen Akteuren abnehmen ließ, zeigen unsere vier Beispiele, dass auf der einen Seite private Investoren und auf der anderen Seite zivilgesellschaftliche Gruppen wichtige Akteure bei der Planung und beim Bau öffentlicher Gebäude werden. Die Grenzen zwischen den beteiligten Akteuren beim Umgang mit Rathausbauten verschwimmen dabei zunehmend.

So hat in Leverkusen ein großer privater Projektentwickler den Bau eines Einkaufszentrums mit dem Bau des neuen Rathauses verknüpft. Bei einer solchen Kombination von Einkaufszentrum und Rathaus wurden kommunalpolitische mit privatwirtschaftlichen Interessen eng verbunden. Über vertragliche Regelungen zwischen Stadt und Investor wurde sichergestellt, dass die baulichen Anforderungen an das neue Rathaus durch den privaten Investor sichergestellt werden und der Rat bzw. die Verwaltung der Stadt das Gebäude nach Fertigstellung auch für einen längerfristigen Zeitraum nutzen können. Die Bürgerschaft hatte sich zuvor in einem Bürgerentscheid gegen den kostspieligen Umbau des Vorgängerbaus ausgesprochen, den der Rat der Stadt Leverkusen bereits beschlossen hatte. Eine schwierige kommunale Haushaltslage war das Motiv in der Bürgerschaft, sich gegen das teure kommunal initiierte Umbauvorhaben auszusprechen. Damit hatte die Bürgerschaft die Wege für ein gemeinsames Projekt zwischen Stadt und privatem Investor eröffnet.

Eine vergleichbare Rolle spielte die Bürgerschaft in der Stadt Kleve. Hier waren die Bürger bereits im Vorfeld des neuen Rathausbaus in die Planungen eingebunden. Den Bürgern wurden nach einem offenen Planungsverfahren, das gemeinsam mit ihnen durchgeführt wurde, drei Varianten zur Abstimmung vorgestellt, wobei sie sich mehrheitlich für die kostengünstigste Variante entschieden haben: „Die 50.000 Einwohner wurden auf diese Weise zu 50.000 Bauherren, die an die Stelle

des eigentlichen Bauherren traten“ (MATZIG 2011, 93f.). Statt der Experten in der Jury eines Architektenwettbewerbs waren es in diesem Fall zunächst die Bürger, die über die eingereichten Entwürfe durch ein Ratsreferendum entschieden haben. Bei diesem Plebiszit über Architektur und Städtebau waren – wie auch in Leverkusen – letztendlich die Kosten wesentlicher Faktor für die Art und Weise, wie das neue Rathaus gestaltet werden sollte, auch wenn sich die Stadt im weiteren Projektverlauf über das Votum ihrer Bürger hinwegsetzte.

Die Kosten des Umbaus bzw. Neubaus eines neuen Rathauses spielten auch in Gelsenkirchen eine zentrale Rolle im Zusammenspiel der verschiedenen Akteure. Hier drohte die Sanierung des Rathauses, die ein privater Investor in einer vertraglich abgesicherten Public Private Partnership für die Stadt begonnen hatte, zu einem finanziellen Desaster für die Stadt zu werden. Das bürgerschaftliche Engagement in der Stadt, das unter anderem auf eine berufsständische Kritik sowie eine kommunalpolitische Opposition gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben zurückging, hat dazu beigetragen, dass der Vertrag mit dem privaten Investor aufgelöst und das Projekt in kommunaler Regie weiter voran gebracht wurde. Dabei waren die finanzielle Förderung des Landes, die Vergabe des Projekts an ein renommier-tes auswärtiges Architekturbüro sowie die kommunale Öffentlichkeitsarbeit ausschlaggebende Faktoren, das fast gescheiterte Projekt letztendlich doch noch erfolgreich zu Ende zu bringen.

Bürgerschaftliches Engagement spielte schließlich auch in Wesel in den vergangenen Jahren eine zentrale Rolle. Hier waren es fast 1.000 Bürger, die sich finanziell an der Rekonstruktion der historischen Fassade des Rathauses beteiligt haben. Sie wollten damit in einer Stadt, die nach der vollständigen Zerstörung im Krieg bisher kaum baulich-gestalterische Ansatzpunkte für eine Identifikation geboten hatte, ein Zeichen für ihren bürgerschaftlichen Stolz setzen. Die kommunale Politik macht sich diese zivilgesellschaftliche Initiative heute in ihrem Stadtmarketing zur eigenen Sache.

5.2 Repräsentation durch Rathausbauten – Rathäuser mit Botschaften

Mit Bezug auf die Dissertation zu den neuen Botschaftsgebäuden in Berlin mit dem markanten Titel „Botschaften mit Botschaften“ (FLEISCHMANN 2008) soll an dieser Stelle über die Repräsentationsfunktion der neuen Rathäuser für die Städte nachgedacht werden. Es stellt sich dabei die Frage, welche Rolle Rathausbauten heute bei geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und neuen Akteurkonstellationen spielen können. Im Gegensatz zu den Botschaften in Berlin, bei denen die Gebäude für den jeweiligen Staat im deutschen Ausland stehen und damit ein eigenes „Länderbild“ in Deutschland schaffen und prägen können (FLEISCHMANN 2008, 16), stehen die Rathäuser in ihrer Stadt selbst und werden damit zu materialisierten Stadtbildern an einer meist zentralen Stelle in der Innenstadt. Sie bilden damit zum einen „nach innen“ einen mehr oder weniger wichtigen Identifikationspunkt für die Bewohner der Stadt und repräsentieren die Stadt zum anderen „nach außen“. Die Bedeutung des Rathauses ergibt sich oft historisch aus seiner Funktion als der entscheidende Ort in einer Stadt, in dem die kommunale Politik betrieben wird und die Geschicke einer Stadt bestimmt werden.

Die vier Fallstudien zeigen, dass es in den vergangenen zehn Jahren unterschiedliche Einstellungen in der Bürgerschaft zum Umgang mit Rathausbauten gibt. So scheint es beim Thema des Rathausbaus in Leverkusen eine geringere Notwendigkeit bei den Bürgern zu geben, sich auf ein eigenes entsprechend repräsentatives Bauwerk beziehen zu können. Statt eines Rathauses gibt es heute eine Rathaus-Galerie, in die die Funktionen des Rathauses zwar integriert sind, das aber von der Einzelhandelsfunktion dominiert wird. Neben dem Eingang in das Einkaufszentrum gibt es noch einen eigenen Eingang in das Rathaus, in dem sich ein Bürgerbüro, die Rats- und Sitzungssäle sowie ein Teil der Büros der Stadtverwaltung auf zwei eigenen Etagen über dem Einkaufszentrum befinden. Die futuristische Form dieses Gebäudeteils wird in Leverkusen schon als Ufo bezeichnet (HÄUSLER u. HÄUSLER 2012, 121). Im Gegensatz zu Gelsenkirchen, einer ebenfalls jüngeren Industriestadt, war der Vorgängerbau des Rathauses aus den 1970er Jahren kein geliebtes und geschätztes Bauwerk. In Gelsenkirchen war diese Situation anders. Das Hans-Sachs-Haus aus den 1920er Jahren war nicht nur ein architektonisch bemerkenswertes Bauwerk, in dem der Rat und die Verwaltung der Stadt untergebracht waren, sondern es war auch ein bedeutendes kulturelles Zentrum, an das viele Bürger der Stadt Gelsenkirchen positive Erinnerungen hatten. Es war ein wichtiger Ort der Identifikation, sodass eine Erhaltung und Sanierung dieses Bauwerkes für die Bürgerschaft eine hohe Bedeutung hatte.

Vergleichbar ist der unterschiedliche Stellenwert der Rathausbauten in den beiden ungefähr gleich großen Kreisstädten Kleve und Wesel. In Kleve gibt es trotz erheblicher Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg mit der wiederaufgebauten Schwabenburg und der Stiftskirche bauliche Anknüpfungspunkte, die den Bürgern Möglichkeiten einer Identifikation mit ihrer Stadt bieten. Diese Stadtsilhouette findet sich beispielsweise auch im Logo der Stadt wieder. So wird es verständlich, dass die Bürger in Kleve keine besonderen Ansprüche an die Sanierung ihres Rathauses aus den 1950er Jahre bei der eigenen Befragung stellen. In Wesel mangelte es hingegen bisher an solchen baulichen Orten der Identifikation. Daher gab es in der Bürgerschaft den Wunsch, die im Krieg zerstörte Fassade des Rathauses zu rekonstruieren und sich daran auch in größerem Umfang mit Spenden zu beteiligen. Mit der aufwändigen Rekonstruktion der Rathausfassade wurde in Wesel Ende der 2000er Jahre das Symbol bürgerlicher Selbstverwaltung wiederhergestellt. Hier kann die Ästhetisierung von Vergangenen Einfluss sowohl auf das kollektive Gedächtnis als auch auf Identifikationsprozesse der Bevölkerung nehmen (BISCHOFF u. DENZER 2009, 17). Interessant ist es, dass in Wesel die Initiative von den Bürgern ausging, während in Kleve die Stadt die Bürger nach ihrer Einstellung zum Neubau oder der Sanierung des Rathauses gefragt hatte.

6 Fazit

Am Beispiel der öffentlichen Bauaufgabe „Rathaus“ haben wir das veränderte Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte im Rahmen der Stadtpolitik beispielhaft untersucht. Wir konnten zeigen, wie sich die Zielsetzungen und Ansprüche an das öffentliche Bauen von Rathäusern in den vier Fallstudienstädten im

Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation auf deren Gestaltung auswirken.

Die Städte selbst haben als Bauherren in unseren vier Beispielen einen unterschiedlichen Anspruch, mit ihren Rathäusern eine herausgehobene Vorbildfunktion beim Bauen zu übernehmen. In Leverkusen hat die Stadtpolitik die Aufgabe, ein neues Rathaus zu bauen, an einen privaten Investor delegiert und sich über vertragliche Regelungen eine Mitsprache an der baulichen Gestaltung gesichert. Dies entspricht kaum dem ursprünglichen Gedanken der Darstellung von Demokratie mit einem öffentlichen Bauwerk. In Gelsenkirchen waren es die Schwierigkeiten der Public Private Partnership bei der Modernisierung sowie die Proteste aus der Bürgerschaft, die dazu geführt haben, dass die Stadt ihre Rolle als Bauherr wieder ernst genommen hat. In Kleve hat die Stadtpolitik in die Entscheidung über die Ausgestaltung ihres Rathausbaus die Bürger intensiv eingebunden, und in Wesel waren die Bürger sogar die treibenden Kräfte, die Fassade des alten Rathauses als ein identitätsstiftendes Moment in ihrer Innenstadt zu rekonstruieren. Beim Abriss, dem Neubau oder der Modernisierung von Rathausbauten zeigt sich die Bedeutung, die die Bürger ihrem Rathaus jeweils schenken.

Dabei lässt sich die Frage nach dem Stellenwert der Repräsentationsfunktion von Rathausbauten heute nicht eindeutig beantworten. Einerseits ist zu beobachten, dass die Bürger unter dem Eindruck von knappen Kassen auf einen aufwändigen Umgang mit Rathausbauten verzichten wollen und bei Bau- und Sanierungsvorhaben gegen eine Kooperation der Städte mit privaten Inverstoren, die sich im Beispiel Leverkusen auch baulich im Rathaus abbildet, nichts einzuwenden haben. Andererseits wird aber die besondere Repräsentationsfunktion von Rathausbauten von den Bürgern auch unterstützt bzw. wird ein rigides Vorgehen mit identifikationsstiftender Bausubstanz mit Bürgerprotesten abgelehnt. Dafür bedarf es aufmerksamer Bürger, die sich ihrer eigenen Rolle und ihrer Einflussmöglichkeiten auf den Bauherrn bewusst sind und die sich im Rahmen der demokratischen Entscheidungsprozesse erfolgreich zu artikulieren wissen.

Es ist die spezifische Ausgangslage in den Städten, die diesen unterschiedlichen Umgang mit der gebauten Substanz von Rathäusern erklärt. So gibt es Städte, in denen die Rathausbauten einen hohen Identitätsfaktor darstellen, und wiederum andere Städte, in denen es an einer entsprechenden emotionalen Beziehung zu den Rathausbauten fehlt. Abhängig ist dies auch vom jeweiligen städtebaulichen Gefüge, in die die Rathausbauten eingebunden sind. Abschließend ist im Umgang der öffentlichen Hand mit Rathäusern festzuhalten, dass im Spannungsfeld zwischen Governance und Repräsentation der Beteiligung der Bürgerschaft eine besondere Bedeutung zukommt. Dadurch können lokalspezifische Lösungen der Rathausgestalt ausgehandelt werden, die das Identifikationspotenzial der Bürger einer Stadt – der eigentlichen Bauherren – mit ihrem Rathaus erhöht.

Literatur

- ARNDT, A. 1984: Demokratie als Bauherr. Berlin (= Architextbook, 1).
 BAAK, B. 1960: Zerstörung, Wiederaufbau und Verwaltung der Stadt Kleve, 1944–1957. Kleve.

- BARANOWSKI, F. 2005: Sanierung Hans-Sachs-Haus. Rede von Oberbürgermeister Frank Baranowski zur Ratssitzung am 15.09.2005. <http://oberbuergermeister.gelsenkirchen.de/aktuelles/reden/SanierungsstoppHansSachsHaus.asp> (18.06.2014).
- BAUNETZ 2013: Hans-Sachs-Haus. Neues altes Rathaus in Gelsenkirchen. 30.08.2013. http://www.baunetz.de/meldungen/Meldungen-Neues_altes_Rathaus_in_Gelsenkirchen3297409.html (18.06.2014).
- BBR – Bundesaamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) 2002: Baukultur in Deutschland. 1. Statusbericht. Langfassung. Bonn (= Berichte 11).
- BECK, U. 1999: Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. In: PONGS, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. München, S. 47–66 (= Gesellschaft X, 1).
- BISCHOFF, W. u. V. DENZER 2009: Orte des Erinnerns und Vergessens aus geographischer Perspektive. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, 83, S. 5–25.
- BMVBW – Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.) 2001: Statusbericht Baukultur in Deutschland. Ausgangslage und Empfehlungen. Unter Mitarbeit von Gert KÄHLER. Berlin.
- BÜRGERFORUM 2014: Die Petition. <http://www.buergerforum-hsh.de/index.php?wahl=petition> (18.06.2014).
- BÜRGERINITIATIVE „Historisches Rathaus Wesel e.V.“ 2013: Historisches Rathaus zu Wesel am Rhein. http://www.historisches-rathaus-wesel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=109&Itemid=41 (10.03.2013).
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2011: Arbeitsmarktreport. Agentur für Arbeit Gelsenkirchen. Mai 2011. Nürnberg (=Arbeitsmarkt in Zahlen). http://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Suchergebnis_Form.html?nn=32022&year_month=201105&pageLocale=de&view=processForm&topicId=22410®ionInd=345-bis-06-2012 (18.06.2014).
- DAMUS, M. 1988: Das Rathaus. Architektur- und Sozialgeschichte von der Gründerzeit zur Postmoderne; Schwerpunkt: Rathausbau 1945–1986 in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (= Gebr.-Mann-Studio-Reihe).
- DER WESTEN 2013: Ärger über Baumaterialien am Klever Rathaus. 09.11.2013. <http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-kleve-und-der-region/aerger-ueber-baumaterialien-am-klever-rathaus-id8648422.html> (18.06.2014).
- DEUTSCHER BUNDESTAG 2002: Drucksache 14/8966 vom 29.04.2002. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung – Initiative Architektur und Baukultur. Köln.
- DIE ZEIT 2013: „Was soll das eigentlich?“ Ein Gespräch von Moritz Müller-Wirth und Hanno Rauterberg mit Louisa Hutton und Helmut Schmidt. 07.03.2013, S. 43.
- DURTH, W. u. P. SIGEL 2009: Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels. Berlin.
- ECE – ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG 2010: Zentrum im Wandel. Leverkusen.
- ECE – ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG 2014: Rathaus Galerie Leverkusen. <http://www.ece.de/de/geschaeftsfelder/shopping/listedersshoppingprojekte/center/rgl/> (18.06.2014).
- EINIG, K., G. GRABHER, O. IBERT u. W. STRUBELT 2005: Einführung Urban Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, S. I–IX.
- FLEISCHMANN, K. 2008: Botschaften mit Botschaften. Von Raumbildern und einer Neuen Länderkunde. Oldenburg (= Wahrnehmungsgeographische Studien 24).
- GIDDENS, A. 2000: Die moderne Gesellschaft. In: PONGS, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. München, S. 53–78 (= Gesellschaft X, 2).
- GÜNTER, R. 2006: Die Ruhrgebiets-Ikone Hans-Sachs-Haus führen Denk-Fehler zum Desaster – und jetzt zur öffentlichen Hinrichtung? In: Deutscher Werkbund NW (Hrsg.): Weltstar Hans-Sachs-Haus. Bedrohtes Demokratie-Denkmal – Aufbruch statt

- Abbruch. Essen, S. 28–55 (= Einmischen und Mitgestalten, 3).
- HALLAUER, F. 1984: Der Staat als Bauherr – Der Staat als Architekt. In: FLAGGE, I. u. Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Architektur des Staates. Eine kritische Bilanz staatlichen Baues in Nordrhein-Westfalen von 1946 bis heute. Kleve, S. 9–21.
- HÄUSLER, R. u. M. HÄUSLER 2012: Deutschland stirbt im Westen. Wie die Arroganz der Macht und der ungerechte Ost-Soli unsere Städte in den Ruin treiben. Berlin.
- HÄÜßERMANN, H., D. LÄPPLE u. W. STEBEL 2008: Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- HEEG, S. 2008: Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld (= Urban Studies).
- HEINZ, W. 2008: Der große Umbruch. Deutsche Städte und Globalisierung. Berlin (= Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, 6).
- HOLTKAMP, L. 2007: Local Governance. In: Benz, A., S. LÜTZ, U. SCHIMANK u. G. SIMONIS (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, S. 366–377.
- IBERT, O. 2007: Megaprojekte und Partizipation. Konflikte zwischen kommunikativer und handlungsorientierter Rationalität in der Stadtentwicklungsplanung. In: disP, 43, S. 50–63.
- IT NRW – Information und Technik Nordrhein-Westfalen 2014: Bevölkerung und Haushalte. Kreisfreie Stadt Gelsenkirchen, Stadt am 9. Mai 2011. Ergebnisse des Zensus 2011. Düsseldorf. http://www.it.nrw.de/statistik/z/zensus_2011/ge/meindeblaetter/B05513.pdf (18.06.2014).
- JAKUBOWSKI, P. u. S. HERZ 2005: Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation? Abschlussbericht zum ExWoSt-Forschungsfeld „3stadt2 – Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung“. Bonn (= Werkstatt: Praxis, 36).
- KRAMER, S. 2001: Architektur und Demokratie. Eine Analyse am Beispiel des Neuen Dortmunder Rathauses. Frankfurt (= Europäische Hochschulschriften, 373).
- KRON, T. 2010: Zeitenössische soziologische Theorien. Zentrale Beiträge aus Deutschland. Wiesbaden.
- LÜTKE DALDRUP, E. 2009: Das baukulturelle Engagement des Bundes: Architektur der Demokratie. In: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (Hrsg.): Architektur der Demokratie. Bauten des Bundes 1990–2010. Ostfildern, S. 14–22.
- MATZIG, G. 2011: Einfach nur dagegen. Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen. München.
- MITSCHERLICH, A. 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main.
- NASARKE, A. 1977: Leverkusener Weg zu einem Ganzen. Leverkusen, S. 154–184. In: HERGT, S. u. W.A. RUDOLPH (Hrsg.): Rathäuser erzählen Stadtgeschichte. Der Leverkusener Weg zu einem Ganzen. Leverkusen, S. 154–184.
- NIEMÖLLER, W. 2006: Das Hans-Sachs-Haus (1950). In : DEUTSCHER WERKBUND NW (Hrsg.): Weltstar Hans-Sachs-Haus. Bedrohtes Demokratie-Denkmal – Aufbruch statt Abbruch. Essen, S. 14–27 (= Einmischen und Mitgestalten, 3).
- RP ONLINE 2014a: Endgültig grünes Licht für Rathaus-Bau. 21.02.2014. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/endgueltig-gruenes-licht-fuer-rathaus-bau-aid-1.4052007> (18.06.2014).
- RP ONLINE 2014b: Grundstein für Klever Rathaus liegt. 02.05.2014. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/grundstein-fuer-klever-rathaus-liegt-aid-1.4209451> (18.06.2014).
- RP ONLINE 2014c: Fahrradtour für Rathaus-Klinker-Suche. 22.05.2014. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/kleve/fahrradtour-fuer-rathaus-klinker-suche-aid-1.4259427> (18.06.2014).

- SCHARPF, F.W. 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- SCHRAVEN, T. 2009: (Sozial-)demokratie als Bauherr. Rathausbau der 1960er und 1970er Jahre in der BRD und Essen. Essen.
- SELLE, K. 2005: Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund (= Edition Stadt-Entwicklung).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014a: Hans-Sachs-Haus Gelsenkirchen. Eine virtuelle Ausstellung. <http://www.hsh-ge.de/> (18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014b: Das neue Hans-Sachs-Haus. <http://www.stadt-erneuerung-gelsenkirchen.de/Einzelprojekte/Hans-Sachs-Haus/default.asp?highmain=3&highsub=1&highsubsub=0> (18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014c: Das neue Hans-Sachs-Haus. http://www.gelsenkirchen.de/de/Rathaus/Hans_Sachs_Haus/default.asp (18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014d: Das neue Hans-Sachs-Haus ist schon jetzt ein Besuchermagnet. Fast 20.000 Besucher strömten in das neue Rathaus. http://www.gelsenkirchen.de/de/Rathaus/Hans_Sachs_Haus/Aktuelles/Tage_der_offenen_Tuer.asp (18.06.2014).
- STADT GELSENKIRCHEN 2014e: Hans-Sachs-Haus. http://stadtplanung.gelsenkirchen.de/02_Projekte_Stadtbezirke/Projekte_Mitte/HansSachsHaus/hanssachshaus.asp (18.06.2014).
- STADT KLEVE 2009a: Information zum Verfahren zur Entwicklung der Unterstadt. Minoritenplatzbebauung und Rathaus. [http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/Informationsbroschuere.pdf/\\$file/Informationsbroschuere.pdf?OpenElement](http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/Informationsbroschuere.pdf/$file/Informationsbroschuere.pdf?OpenElement) (10.03.2013).
- STADT KLEVE 2009b: Entwicklung der Unterstadt. Minoritenplatzbebauung und Rathaus. Bürgerbefragung 9. Juni 2009. [http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/dokumentationsbroschuere.pdf/\\$file/dokumentationsbroschuere.pdf?OpenElement](http://www.kleve.de/C12572B300270277/files/dokumentationsbroschuere.pdf/$file/dokumentationsbroschuere.pdf?OpenElement) (10.03.2013).
- STADT KLEVE 2014a: Geschichte der Stadt Kleve. <http://www.kleve.de/C12572B30025D73F/html/DD9259774C81FF12C125750D0053E682?opendocument> (18.06.2014).
- STADT KLEVE 2014b: Bürgerbefragung Gesamtergebnis „Entwicklung der Unterstadt Kleve Minoritenplatzbebauung und Rathaus am 07.06.2009. <https://rat.kleve.de/C1257AC2003F743D/html/892167C82B28B636C1257AC3005C45D4?opendocument> (18.06.2014).
- STADT LEVERKUSEN 2006: Städtebaubericht 2006. Bauten – Projekte – Visionen. Leverkusen.
- Stadt Leverkusen 2013: Bürgerbegehren und -entscheide in Leverkusen. http://www.leverkusen.de/vv/produkte/FB33/Buergerbegehren_Buergerentscheide_in_Leverkusen.php (10.03.2013).
- STADT LEVERKUSEN 2014: Zur Stadtgeschichte. <http://www.leverkusen.de/leben-in-lev/stadtportraet/zahlendaten/stadtgeschichte.php> (18.06.2014).
- STADT WESEL 2004: Konzept zur Entwicklung der Innenstadt von Wesel. Bearbeitung: Junker und Kruse. Stadtforschung, Stadtplanung. Wesel. [http://www.wesel.de/C125747B004AB891/files/innenstadtkonzept14-07-04.pdf/\\$file/innenstadtkonzept14-07-04.pdf?OpenElement](http://www.wesel.de/C125747B004AB891/files/innenstadtkonzept14-07-04.pdf/$file/innenstadtkonzept14-07-04.pdf?OpenElement) (10.03.2013).
- STADT WESEL 2014: Geschichte der Stadt Wesel. http://www.wesel.de/C125747B004BE4D6/html/1CB23070D159BEDAC12574AB001F1C1D?opendocument&nid1=19633_45530 (18.06.2014).
- STRACK, T. 2011: Das neue Rathaus in Leverkusen – eine empirische Untersuchung zur Wahrnehmung und Akzeptanz in der Bevölkerung. Bonn (unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Bonn).

- WEFING, H. 1995: Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken; eine Untersuchung am Beispiel des Bonner Bundeshauses. Berlin (= Beiträge zum Parlamentsrecht, 31).
- WEFING, H. 2001: Kulisse der Macht. Das Berliner Kanzleramt. Stuttgart.
- WEHLING, H.-W. 2002: Kreisfreie Stadt Gelsenkirchen. In: HEINEBERG, H., A. MAYR, W. SEIDEL u. K. TEMLITZ (Hrsg.): Die Emscher-Lippe-Region. Der Kreis Recklinghausen, die Stadt Bottrop, die Stadt Gelsenkirchen. Münster, S. 267–285 (= Städte und Gemeinden in Westfalen, 8).
- WILHELM, K. 2001: „Demokratie als Bauherr“. Überlegungen zum Charakter der Berliner politischen Repräsentationsbauten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 34/35, S. 7–15.
- WINDE, J. 2012: Bürgermeisterzimmer in Deutschland. Bielefeld.
- WOOD, G. 2003: Die postmoderne Stadt. Neue Formen der Urbanität im Übergang vom zweiten ins dritte Jahrtausend. In: GEBHARDT, H., P. REUBER u. G. WOLKERSDORFER (Hrsg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Heidelberg, S. 131–148.